

engagiert!

GEMEINSAM für NRW

Initiative für ein
starkes Ehrenamt

engagiert! Gemeinsam für NRW:

Positionspapier der FDP-Landtagsfraktion NRW

Dezember 2019

I. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement: Zentrum eines starken Gemeinwesens

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind **Stützpfiler unserer Gesellschaft**. Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen engagieren sich in Vereinen und Verbänden, in Kirchen, im Rahmen gemeinnütziger oder öffentlicher Einrichtungen, als Gruppen oder ganz privat und individuell. In ihrem Einsatz für andere Menschen, für Freiheit und Vielfalt, für die Gemeinschaft und die Heimat bilden sie das Rückgrat der Zivilgesellschaft und des Miteinanders vor Ort. Sie erbringen Leistungen, die staatlich organisiert in dieser Qualität, in ihrer Zielgenauigkeit, in ihrer flächendeckenden Wirkung, sowie so individuell und persönlich nicht erbracht werden könnten.

Um einen Beitrag zur Gestaltung **bestmöglicher Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Strukturen und bürgerschaftliches Engagement** zu leisten und die große Einsatzbereitschaft der Menschen nicht nur anzuerkennen, sondern aktiv zu unterstützen, hat die FDP-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen die Initiative „**engagiert! Gemeinsam für NRW**“ ins Leben gerufen. Neben z.B. Veranstaltungen und Diskussionen wurden in diesem Rahmen:

- ein Impulspapier mit sechs Thesen zur Diskussion dem Ehrenamt erstellt,
- ein Gutachten zur Untersuchung des volkswirtschaftlichen Wertes bürgerschaftlichen Engagements (=> II.) in Auftrag gegeben und
- Maßnahmen zur Stärkung von Engagement und Ehrenamt erarbeitet (=> III.).

II. Untersuchung des volkswirtschaftlichen Wertes bürgerschaftlichen Engagements

Im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion NRW haben Prof. Dr. Andrea Walter (Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW) und PD Dr. Matthias Freise (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) im Rahmen eines **Gutachtens** den volkswirtschaftlichen Wert bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen unter folgenden **Prämissen** untersucht:

- Der gesellschaftliche Wert und der Wert für jeden einzelnen Engagierten gehen weit über ökonomische Faktoren hinaus. Mit Blick auf die Diskussion der Rahmenbedingungen und nicht zuletzt auch die steuerpolitische Einordnung von Engagement sind belastbare Erkenntnisse über dessen (volks-)wirtschaftlichen Wert jedoch von großer Bedeutung.
- Vor dem Hintergrund der Bemessung des wirtschaftlichen Werts von Engagement unter Zuhilfenahme berufsbezogener Faktoren (Einkommen, Ausbildung) wurde lediglich das Engagement volljähriger Menschen untersucht. Das zweifelsohne große Engagement junger Menschen wird hier nicht ausgeblendet, aber auch nicht in der Berechnung berücksichtigt.
- Die Studie knüpft u.a. an einer Untersuchung der wirtschaftlichen Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements der Arbeitgebervertreter im NRW-Handwerk – bezogen auf die handwerkliche Selbstverwaltung und das Prüfungswesen – auf (Thomä 2018), nimmt jedoch eine wesentlich breitere Betrachtung des Gesamtkomplexes „Engagement“ vor.

Für die FDP-Landtagsfraktion NRW hat die Studie im Kern folgende **Erkenntnisse** erbracht:

- Der wirtschaftliche Wert des bürgerschaftlichen Engagements (Erwachsener) in Nordrhein-Westfalen summiert sich auf mindestens 12,5 Mrd. Euro. Das entspricht in etwa dem Gesamtumsatz der audiovisuellen Medienbranche (Bsp.: RTL, Netflix, Musik-Streaming, Tonträger, Sky, etc.) in Deutschland.
- Als Faustformel lässt sich festhalten: Bürgerschaftlich Engagierte wenden rund einen Arbeitsmonat (bei einer 35-Stunden-Woche) pro Jahr zusätzlich für ihr Engagement auf.
- Rund ein Viertel der Engagierten bildet sich für das spezifische Engagement gezielt weiter.
- Über die Hälfte der Engagierten bringt im oder für das Engagement erlernte Kompetenzen wiederum in den Beruf ein.

III. Maßnahmen

Jeder freiwillige Beitrag – sei es für mehr Chancen für Andere, für Vielfalt, für Menschlichkeit, für Freiheit, für Sicherheit oder für eine lebenswerte Heimat – **ist ein wichtiger Bestandteil unseres Gemeinwesens**. Nicht nur, aber auch deshalb verdienen Engagement und Ehrenamt volle Anerkennung und politische Unterstützung. Die FDP-Landtagsfraktion NRW schlägt folgende Maßnahmen vor:

- Die Gründung einer „**NRW-Landesagentur für Engagement und Ehrenamt**“. Diese soll mit professionellen Kräften Kommunen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürger bei der Ausbildung und **Anerkennung von Kompetenzen unterstützen, Weiterbildungsmaßnahmen** vermitteln und vernetzen und durch geeignete Maßnahmen die **gesellschaftliche Anerkennung** für Engagement stärken und dafür werben. Darüber hinaus soll sie im engen Austausch mit Vereinen, Experten und engagierten Menschen Maßnahmen zur **Abbau von Bürokratie** entwickeln und in die Diskussion mit der Landespolitik einbringen. Die „NRW-Landesagentur für Engagement und Ehrenamt“ kann aus der Weiterentwicklung der Landesarbeitsgemeinschaft für Freiwilligenagenturen hervorgehen bzw. durch diese begleitet werden. Auch eine Ausschreibung der Agentur nach dem Vorbild anderer Kompetenzzentren wäre denkbar.
- Die **Reform des Bildungsurlaubsgesetzes NRW** dahingehend, dass Weiterbildungen für **bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt ebenfalls in den Anwendungsbereich des Gesetzes** fallen. Das Ziel ist, dass neben der Förderung der berufsbezogenen Handlungskompetenz (§ 1 Abs. 3 AwBG NRW) auch die Förderung der Handlungskompetenz im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen von Bildungsurlaub möglich wird. Entsprechende Gütesiegel bzw. Zertifizierungen (§10 AwBG) könnten durch die „NRW-Landesagentur für Engagement und Ehrenamt“ ausgestellt oder initiiert werden.
- Die **stärkere Berücksichtigung von durch bürgerschaftliches Engagement bzw. Ehrenamt erworbene Kompetenzen für Tätigkeiten im öffentlichen Dienst**. Zum Beispiel könnten entsprechende Kompetenzen bei den Zulassungsvoraussetzungen anerkannt oder im Falle von Neueinstellungen bei der Zuordnung von Erfahrungsstufen berücksichtigt werden.
- Die **Anhebung der Übungsleiterpauschale** von 2.400 Euro auf 3.000 Euro und der **Ehrenamtpauschale** von 720 Euro auf 840 Euro. Die FDP-Landtagsfraktion NRW wird sich dafür einsetzen, dass die im Bundesrat bereits vorliegende entsprechende Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen auch aus dem Deutschen Bundestag heraus vorangetrieben wird.